

## Antrag A5008: Freiräume heute für die Zukunft sichern – 7 Leitlinien für die Haushaltspolitik in Deutschland und Europa

|                    |                                      |
|--------------------|--------------------------------------|
| Antragsteller/-in: | Bundesvorstand der Freien Demokraten |
| Status:            | zugelassen                           |
| Sachgebiet:        | A5 - Politik, die rechnen kann       |

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### 1 **Freiräume heute für die Zukunft sichern – 7** 2 **Leitlinien für die Haushaltspolitik in Deutschland** 3 **und Europa**

4 Im vergangenen Jahrzehnt konnten Bundesregierungen aus dem Vollen schöpfen:  
5 Sprudelnde Steuereinnahmen, eine florierende Wirtschaft und extrem niedrige  
6 Zinsen schienen eine Selbstverständlichkeit zu sein. Mit der Pandemie, dem  
7 russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und hoher Inflation zeigt sich: Diese  
8 scheinbare Gewissheit war trügerisch. Die steigenden Zinsen und die multiplen  
9 Herausforderungen belasten den Haushalt schwer – aus den Spielräumen der  
10 Vergangenheit sind die Lücken der Gegenwart erwachsen.

11 Besonders schwer wiegen jetzt die Entscheidungen der früheren unionsgeführten  
12 Bundesregierungen: Die Phase großer Möglichkeiten durch wirtschaftliches  
13 Wachstum und niedrige Zinsen wurde von ihnen nicht für Zukunftsinvestitionen  
14 genutzt – das dokumentieren die Defizite bei der Bundeswehr, der  
15 Verkehrsinfrastruktur, der Digitalisierung und unseres Bildungssystem leider  
16 eindrucksvoll. Statt in die Zukunft des Landes zu investieren, wurden unter  
17 Führung der Union fehlgeleitete Subventionen eingeführt, überdimensionierte  
18 Sozialleistungen beschlossen und unnötige Schulden gemacht. Nun, da sich das  
19 Zinsniveau normalisiert, lassen sich die fatalen Wirkungen dieser Politik  
20 erkennen: Vieles war nicht nachhaltig finanziert, auf dem Bundeshaushalt lasten  
21 schwere Hypotheken.

22 Deshalb muss jetzt entschlossen gehandelt werden: Der sicherheits- und  
23 energiepolitischen Zeitenwende muss die ökonomische und fiskalische Zeitenwende  
24 konsequent folgen. Wachstum muss neu erarbeitet, staatliche Ausgaben kritisch  
25 geprüft und Aufgaben neu priorisiert werden.

26 Für die Rückkehr zu einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik haben wir Freie  
27 Demokraten nun Verantwortung übernommen. Unser Ziel ist es, neue  
28 Handlungsspielräume für die Aufgaben der Zukunft zu schaffen. Wir orientieren  
29 uns dabei auch an den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds: Der IWF  
30 ruft dazu auf, Staatsausgaben zurückzufahren, gerade auch um fiskalpolitisch den  
31 notwendigen Beitrag zur Bekämpfung der nach wie vor hohen Inflation zu leisten.  
32 Diesen Rat nehmen wir sehr ernst. Die Zeiten reiner Verteilungspolitik sind  
33 vorbei. Wir müssen darüber sprechen, wie Politik die Voraussetzungen für neues  
34 Wachstum schaffen kann.

35 Die Pandemie und der russische Angriff auf die Ukraine haben die Haushaltslage  
36 besonders strapaziert. Hier wurden auch mit Unterstützung der Freien Demokraten  
37 in einer Ausnahmesituation außerordentliche Mittel mobilisiert, um Existenzen zu  
38 sichern und enorme Belastungen zu dämpfen. Zu viele politische Akteure scheinen  
39 sich aber an diesen politischen Ausnahmezustand gewöhnt zu haben. Für uns Freie  
40 Demokraten ist klar: Der Krisenfall darf nicht zum Normalzustand werden. Denn  
41 Staatsfinanzen werden nicht in der Krise ruiniert, sondern wenn nach der  
42 Überwindung nicht der Exit gefunden wird. Daher muss jetzt der Weg zurück zu  
43 geordneten Finanzen beschritten werden. Die Antwort auf die haushälterischen  
44 Herausforderungen darf nicht die Aufgabe jeder Ambition sein, sondern es muss um  
45 diszipliniertere Haushaltskonsolidierung gehen. Steuererhöhungen können  
46 angesichts historisch hoher Steuern und Abgaben keine Option sein. Deutschland  
47 ist bereits ein Höchststeuerland. Dies macht Deutschland schon jetzt  
48 unattraktiver für Zukunftsinvestitionen. Auch neue Schulden sind kein Ausweg.  
49 Das gilt in Deutschland, aber auch in Europa. Wir Freie Demokraten bekennen uns  
50 zu einer starken und stabilen EU. Gerade deswegen bleibt die fiskalische  
51 Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten ein Grundpfeiler europäischer  
52 Zusammenarbeit. Hier muss Deutschland als Anwalt für Stabilität bei der  
53 diskutierten Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts seiner Verantwortung  
54 gerecht werden.

55 Mit folgenden Leitlinien wollen wir Freie Demokraten die Rückkehr zu stabilen  
56 öffentlichen Finanzen in Deutschland und Europa gewährleisten:

#### 57 **1. Bekenntnis zur Schuldenbremse**

58 In den vergangenen Jahren musste die Schuldenbremse des Grundgesetzes mehrfach  
59 ausgesetzt werden. Das war angesichts der historischen Krisen der globalen  
60 Pandemie und des Kriegsausbruchs in Europa angemessen, um die enormen  
61 Belastungen für die Bevölkerung abzufedern. Nun bestätigt aber auch der IWF,  
62 dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dringend notwendig ist. Auch  
63 wenn die indirekten Folgen des Krieges weiterhin zu Belastungen in unserem Land  
64 führen, ist derzeit kein exogener Schock erkennbar, der eine weitere Ausnahme im  
65 Sinne des Grundgesetzes begründen könnte. Deswegen müssen wir zur Schuldenbremse  
66 zurückkehren. Sie ist nicht nur ein Gebot der Verfassung, sie hat sich auch  
67 ökonomisch und politisch bewährt. Sie ist ein Garant für stabile Staatsfinanzen,  
68 bietet ausreichend Flexibilität, erlaubt Zukunftsinvestitionen und gebietet  
69 exzessiven, nicht nachhaltig finanzierten Ausgabenwünschen Einhalt. Daher setzen  
70 wir uns allen Versuchen entgegen, die Schuldenbremse zu umgehen, wie dies  
71 aktuell auch aus den Reihen unserer Koalitionspartner gefordert wird. Die  
72 ungenutzten Mittel des Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF) dürfen nicht  
73 zweckentfremdet werden, um reguläre politische Vorhaben an der Schuldenbremse  
74 vorbei zu finanzieren. Um den Kernhaushalt vor schuldenfinanzierten  
75 Begehrlichkeiten zu schützen, wurde der WSF wie auch das Sondervermögen zur  
76 Stärkung der Bundeswehr strikt zweckgebunden angelegt. Wir Freie Demokraten  
77 wehren uns gegen Versuche, die Schuldenbremse und ihre Wirkungsweise  
78 auszuhöhlen. Das gilt nicht nur im Bund: Auch in den Ländern muss die

79 Schuldenbremse geachtet werden. Der Bund hat die Länder in den vergangenen  
80 Jahren bei ihren originären Aufgaben außerordentlich unterstützt. Viele  
81 Bundesländer konnten deswegen Überschüsse erzielen und Schulden abbauen.  
82 Trotzdem greifen einige Landesregierungen wie in Berlin, Bremen oder dem  
83 Saarland zu immer neuen Töpfen neben dem jeweiligen Haushalt, um politische  
84 Programme schuldenfinanziert umzusetzen. Diese Praxis unterläuft die durch die  
85 Verfassung vorgegebene Schuldenbremse und ist zu beenden.

## 86 **2. Überprüfung der staatlichen Effizienz**

87 Nach Zahlen des Bundesrechnungshofs gelten 90 Prozent des Bundeshaushalts als  
88 „versteint“, weil durch eingegangene Verpflichtungen, personalbezogene  
89 Ausgaben und Sozialausgaben Verbindungen bestehen. Lediglich über 10 Prozent des  
90 Haushaltsvolumens kann noch frei verfügt werden. Umso entscheidender ist, diese  
91 Ausgaben jetzt grundsätzlich auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit zu  
92 prüfen und auch die langfristige Ausgabenentwicklung im Blick zu behalten. Die  
93 Wirkungsweise von Subventionen und Sozialleistungen sollte deswegen auf ihre  
94 Treffsicherheit evaluiert werden. In der aktuellen fiskalischen Lage ist es  
95 entscheidend, dass mit jedem Euro das maximal Mögliche erreicht wird.  
96 Gleichzeitig können Wechselwirkungen verschiedener Programme deren Effektivität  
97 hemmen. Die Ausweitung von Sozialleistungen kann dem Ziel höherer Beschäftigung  
98 entgegenwirken. Der sowohl effizientere als auch gesellschaftlich gerechtere Weg  
99 ist es, nicht Sozialleistungen durch mehr Umverteilung zu verstetigen, sondern  
100 durch gute Bildung und Qualifikationsprogramme Menschen aus der Abhängigkeit von  
101 Transferleistungen zu befreien.

102 Wir müssen in der Koalition bewerten, welche Mittel für das angestrebte Ziel  
103 tatsächlich effizient eingesetzt sind – und welche nicht. Dabei sollte es keine  
104 Denkverbote geben – allerdings müssen mögliche Einsparungen auch inhaltlich wohl  
105 begründet sein. Maßnahmen zur Erreichung eines ideologischen Ziels, die  
106 gleichzeitig zu einseitigen Belastungen führen, können keine Grundlage für eine  
107 seriöse Haushaltspolitik bilden. Diese notwendige Überprüfung muss dabei auch  
108 die Grenzen des Staates in den Fokus nehmen. Nicht alles, was wünschenswert ist,  
109 kann mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Auch die Projekte der Koalition  
110 müssen streng im Lichte der finanziellen Möglichkeiten betrachtet und auf der  
111 Zeitschiene stärker priorisiert werden.

## 112 **3. Reform der Sozialversicherungen**

113 In dem Jahrzehnt, in dem der Großteil der Babyboomer aus dem Erwerbsleben  
114 ausscheidet, werden Konstruktionsfehler in den sozialen Sicherungssystemen  
115 besonders offensichtlich. Während die Ausgaben in der gesetzlichen Renten-,  
116 Kranken- und Pflegeversicherung sprunghaft ansteigen werden, stehen diesen  
117 Ausgaben immer weniger Einzahlende gegenüber. Diese Herausforderung wurde durch  
118 umfangreiche Leistungsausweitungen unter CDU-Kanzlerschaft verschärft. Als Folge  
119 mehren sich die Rufe nach stärkerer Unterstützung durch steuerfinanzierte  
120 Zuschüsse. Das würde aber nicht nur dem historischen System der deutschen  
121 Sozialversicherungen widersprechen, es würde auch den Staat langfristig  
122 überfordern.

123 Spätestens jetzt ist es an der Zeit, um Kursänderungen in den  
124 Sozialversicherungen zu erreichen. Dabei muss der Fokus insbesondere darauf  
125 liegen, ein Umlagesystem wie die gesetzliche Rente durch mehr Kapitaldeckung zu  
126 unterstützen. In der Rentenversicherung werden wird mit dem Aufbau des  
127 Generationenkapitals einen lange überfälligen Schritt einleiten. Ohne uns Freie  
128 Demokraten in Verantwortung wäre dies nicht möglich gewesen. Bis zur Mitte des  
129 kommenden Jahrzehnts müssen wir einen Kapitalpuffer aufbauen, der das Renten-  
130 und Beitragsniveau stabilisieren kann. Klar ist aber auch: In der aktuellen  
131 Phase ist kein Raum für zusätzliche Leistungsausweitungen.

#### 132 **4. Keine neuen Steuerbelastungen**

133 Im nächsten Jahr werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden nach  
134 aktuellen Prognosen das erste Mal die Marke von einer Billion Euro  
135 überschreiten. Angesichts dieser Zahl ist offensichtlich: Dieser Staat hat kein  
136 Einnahmenproblem. Forderungen nach Steuererhöhungen, neuen Steuern oder  
137 einseitigen Mehrbelastungen sind deshalb nicht nachvollziehbar. Auch  
138 Überlegungen, die Steuerbelastung nur für bestimmte Gruppen auszuweiten, hätten  
139 erhebliche Auswirkungen. Es bleibt ein richtiges politisches Ziel, den  
140 Mittelstandsbauch abzuflachen. Dieses Ziel müssen wir aber durch eine kluge  
141 Fiskalpolitik erreichen, nicht durch neue Belastungen. Ein Abbau des  
142 Mittelstandsbauchs durch Steuererhöhungen an anderer Stelle würde zu  
143 Steuersätzen von bis zu 57 Prozent bei Einkommen ab 80.000 Euro führen. Dies  
144 würde Arbeitsplätze gefährden, Fachkräfte abschrecken und Familienunternehmen an  
145 andere Standorte treiben. Steuererhöhungen sollen als einfacher Ausweg vor  
146 schwierigen politischen Entscheidungen genutzt werden. Dafür wird es mit den  
147 Freien Demokraten keine Mehrheiten geben.

148 Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Standorts hat in den vergangenen Jahren  
149 gelitten. Eine Debatte um neue Steuerbelastungen würde Abwanderungsrisiken und  
150 Wohlstandverlust nur befeuern. Stattdessen müssen kluge Entlastungsmöglichkeiten  
151 in den Blick genommen werden, die gleichzeitig die Attraktivität des Standorts  
152 erhöhen und als Hebel für Innovation und private Investitionen wirken. Hierzu  
153 gehören etwa die Ausweitung von Abschreibungsmöglichkeiten und eine  
154 Investitionsprämie.

#### 155 **5. Schaffung verlässlicher Fiskalregeln auf EU-Ebene**

156 Was in Deutschland gilt, gilt auch in Europa: Nach Jahren der Krise, in denen  
157 die öffentlichen Haushalte massiv belastet wurden, muss nun zu stabilen Finanzen  
158 zurückgekehrt werden. In der EU gilt das angesichts hoher Schuldenstandsquoten  
159 einiger Mitgliedsstaaten in besonderem Maße. Schon in der Vergangenheit haben  
160 wir erlebt, wie Unsicherheiten in nationalen Haushalten die Stabilität der EU  
161 als Ganzes gefährdet haben. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) hat sich  
162 nicht zu jeder Zeit als geeignetes Instrument erwiesen, um dies zu verhindern.  
163 Deswegen bringen wir uns konstruktiv in die Debatte um eine Überarbeitung des  
164 Regelwerks ein. Uns geht es dabei darum, den SWP nicht schwächer, sondern  
165 effektiver und durchsetzungsstärker zu machen. Für uns Freie Demokraten ist  
166 klar: Die transparenten und verständlichen Maastricht-Kriterien von maximal 3

167 Prozent Haushaltsdefizit und 60 Prozent Schuldenstandsquote können nicht zur  
168 Disposition stehen. Sie müssen im Gegenteil in der Anwendung gestärkt werden.  
169 Während genügend Freiräume für Zukunftsinvestitionen erhalten bleiben müssen,  
170 müssen die Regeln gleichzeitig einen realistischen und ambitionierten Abbau von  
171 Defiziten und Schulden gewährleisten. Ebenso müssen einheitliche Regeln für alle  
172 Mitglieder gelten. Die europäischen Fiskalregeln dürfen keinen Eindruck einer  
173 intransparenten Hinterzimmerpolitik entstehen lassen.

#### 174 **6. Keine Schuldenunion**

175 Mit „Next Generation EU“ wurde zur Bewältigung der Folgen der Pandemie auf EU-  
176 Ebene ein einmaliges Investitionsprogramm aufgelegt. Bei dieser Einmaligkeit  
177 muss es bleiben – es kann kein Türöffner für den Weg in eine Schuldenunion sein.  
178 Derzeit mehren sich die Forderungen nach neuen EU-Programmen. Dafür gibt es aber  
179 keinen sachlichen Anlass: Viele Mittel von „Next Generation EU“ wurden noch  
180 nicht abgerufen. In diesem Licht sind auch angekündigte politische Reaktionen  
181 auf den US Inflation Reduction Act zu betrachten: Ein Subventionswettbewerb wäre  
182 nicht nur ordnungs- und handelspolitisch falsch. Es fehlt auf der europäischen  
183 Ebene auch nicht an zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln. Neue EU-  
184 Förderprogramme würden deswegen keine neuen Impulse bringen, sondern nur  
185 fiskalische Zuständigkeiten verwischen und einen Weg zu einer Schuldenunion  
186 ebnen. Statt auf der Schaffung neuer schuldenfinanzierter Instrumente sollte der  
187 Fokus aber darauf liegen, wie Bürokratie abgebaut werden kann, um eingestellte  
188 Mittel tatsächlich zum Abfluss zu bringen. Eine Schuldenunion – auf direktem  
189 oder indirektem Weg – ist mit den Freien Demokraten nicht zu machen. Die  
190 Fiskalpolitik muss Teil der Selbstverantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben.

#### 191 **7. Nutzung privater Kapitalmärkte vor Subventionen**

192 Die europäische Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA kann kein  
193 Subventionswettbewerb sein. Die Politik darf sich nicht darum drehen, an welchen  
194 Stellen der Staat noch mehr Subventionen und Förderprogramme einrichten kann.  
195 Denn es wird übersehen: Das Gros der Investitionen kommt aus dem privaten  
196 Bereich. Der massive Einsatz von staatlichen Mitteln wäre deshalb nicht nur  
197 ordnungspolitisch fehlgeleitet – wirtschaftlicher Wettbewerb, das Zusammenspiel  
198 der Märkte und unternehmerisches Risiko und Haftung haben sich historisch stets  
199 als innovationstreibender als staatliche Planung gezeigt. Der Staat wird auch in  
200 seiner Wirkungsweise überschätzt. Den erheblich größeren Hebel für die  
201 Modernisierung unseres Landes würden stärkere private Investitionen bewirken.  
202 Deswegen müssen Anreize für Investitionen geschaffen und die Attraktivität des  
203 Finanz- und Kapitalmarktstandorts Deutschland insgesamt gestärkt werden. Hierzu  
204 wurden schon Initiativen auf den Weg gebracht, die gerade das  
205 marktwirtschaftliche Umfeld für Start-ups und KMUs erleichtern. Wir wollen hier  
206 weitere Schritte gehen. Damit entlasten wir perspektivisch auch den  
207 Bundeshaushalt, weil gute private Investitionsbedingungen staatliche  
208 Ausgabenprogramme ersetzen können.  
209 Stabile Finanzen sind kein Selbstzweck. Sie sind eine Voraussetzung dafür, dass  
210 wirtschaftliches Wachstum gelingen kann. Sie schaffen Freiräume für Innovationen

211 und Investitionen. Sie wirken nachhaltig, indem künftigen Generationen keine  
212 zusätzlichen Belastungen auferlegt werden. Sie tragen dazu bei, dass wir nach  
213 den Krisenerfahrungen der jüngsten Vergangenheit auch für künftige  
214 Herausforderungen gut gewappnet sind. Um Wachstum zu fördern und das Versprechen  
215 der Generationengerechtigkeit zu erfüllen, gibt es nur eine Möglichkeit: Der  
216 Staat muss lernen, mit den Mitteln auszukommen, die Menschen und Betriebe  
217 erwirtschaften. Machen wir, was wichtig wird.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.